



DER ERNST DER LAGE

Ihr Bundestagsabgeordneter Bastian Ernst informiert

Newsletter, Ausgabe Dezember 2025



Liebe Leserinnen und Leser,

ein bewegtes und herausforderndes Jahr neigt sich dem Ende zu. In diesen Tagen wünschen mein Team und ich Ihnen von Herzen frohe und gesegnete Weihnachten, eine erholsame Zeit im Kreis Ihrer Liebsten und einen guten Start in ein gesundes, friedliches und hoffentlich etwas weniger aufregendes neues Jahr.

Unsere Gedanken sind in diesen Tagen ganz besonders bei den Menschen, die auch an Feiertagen für unsere Sicherheit und unser Gemeinwesen eintreten: bei den Einsatzkräften von Feuerwehr und Rettungsdiensten, bei den Polizistinnen und Polizisten, bei den Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, beim Technischen Hilfswerk und bei allen haupt- und ehrenamtlich Engagierten, die sich um andere kümmern, wenn viele von uns feiern.

Der vergangene Monat war geprägt von vielen intensiven Terminen im Bundestag und im Wahlkreis. Das Jahr geht für mein Team und mich damit arbeitsreich und sehr konzentriert zu Ende – mit zahlreichen Gesprächen, Begegnungen und Entscheidungen, die uns auch ins neue Jahr hinein begleiten werden.



Starke Rente mit Maß und Mitte

Die Reform der Rente ist ein Thema, das viele Menschen bewegt – und das zu Recht. Eine intensive, auch kontroverse Diskussion tut unserem Land gut, denn sie zeigt, wie wichtig den Bürgerinnen und Bürgern die Zukunft der Altersvorsorge ist. Zugleich ist klar: Es reicht nicht, nur zu diskutieren, wir müssen handeln und tragfähige Lösungen auf den Weg bringen.

Mit dem ersten Rentenpaket unserer Koalition hat der Bundestag nun ein umfassendes Maßnahmenbündel beschlossen. Es umfasst die Einführung der Aktivrente, die Stärkung der Betriebsrente, die Ausweitung der Mütterrente sowie die Haltelinie beim Rentenniveau. Dieses Paket ist ein wichtiger Schritt, um Leistung anzuerkennen, zusätzliche Anreize für längeres Arbeiten zu setzen und gleichzeitig das Vertrauen in die gesetzliche Rente zu stärken.

Besonders wichtig war es unserer Fraktion, dass Familienleistungen wie die Mütterrente weiter ausgebaut werden und dass diejenigen, die länger arbeiten, mit der Aktivrente spürbar profitieren. Mit der Stabilisierung des Rentenniveaus schaffen wir Verlässlichkeit für die kommenden Jahre. Zugleich wird die Debatte bewusst offen gehalten. Bereits im Dezember wird eine Kommission eingesetzt, die bis zum Sommer Vorschläge erarbeiten soll, wie die Rentenversicherung langfristig finanziell solide aufgestellt werden kann, ohne Beitragszahler immer weiter zu belasten.

Dieses Paket ist daher kein Schlusspunkt, sondern der Beginn einer umfassenden Modernisierung unseres Rentensystems. Im kommenden Jahr werden weitere Reformschritte folgen müssen, damit die Rente für jüngere und ältere Generationen gleichermaßen fair, finanzierbar und verlässlich bleibt. Die nun angestoßene Debatte eröffnet Raum für neue Ideen – und zeigt, dass unsere Demokratie in der Lage ist, schwierige Fragen gemeinsam anzupacken.

Neuer Wehrdienst

Mit dem Wehrdienst-Modernisierungsgesetz haben wir innerhalb kurzer Zeit einen wichtigen Punkt aus unserem Koalitionsvertrag umgesetzt, um unsere Bundeswehr für die Zukunft stärker aufzustellen. Im neuen Gesetz wird ein verbindlicher Aufwuchspfad für die Personalstärke der Bundeswehr mit halbjähriger Berichtspflicht durch das Bundesverteidigungsministerium verankert. Grundlage bilden dabei die gegenüber der NATO zugesagten Fähigkeiten, die einen Gesamtumfang von 260.000 aktiven Soldatinnen und Soldaten und rund 200.000 Reservistinnen und Reservisten haben.

Um den notwendigen Personalaufwuchs zu erreichen, führen wir einen neuen Wehrdienst ein. Er unterscheidet sich deutlich von der früheren Wehrpflicht und setzt zunächst auf Freiwilligkeit. Zugleich nehmen wir die Wehrrfassung wieder auf, damit die Bundeswehr im Verteidigungsfall weiß, auf wen sie bei einer dann wieder geltenden allgemeinen



Foto: Ich bin stolz, selbst Teil dieser ehemaligen Gemeinschaft zu sein – und es als Reservist weiterhin zu sein



Wehrpflicht zurückgreifen kann. Dazu erhalten ab dem Jahr 2026 alle 18-Jährigen einen Fragebogen, der Motivation und Eignung erfasst und über weitere Formen des freiwilligen Engagements informiert. Für Männer ist die Beantwortung verpflichtend, später auch schrittweise die Musterung für Männer ab Jahrgang 2008.

Der neue Wehrdienst setzt auf Freiwilligkeit durch gesteigerte Attraktivität: Wer freiwillig dient, erhält rund 2.600 Euro brutto monatlich. Ab einer Verpflichtungszeit von einem Jahr wird ein Führerscheinzuschuss für PKW oder LKW gewährt.

Wir wollen junge Menschen für den Dienst am Vaterland begeistern. Sollte es mit der Freiwilligkeit nicht ausreichen, die gesetzten personellen Ziele zu erfüllen, braucht es eine Verpflichtung. Dazu wird es in diesem Fall eine weitere Gesetzgebung zu einer Bedarfswehrpflicht geben, die die Verteidigungsfähigkeit sicherstellt. Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee und es ist gut, dass diese Entscheidung in der Hand des Parlaments liegt. Mit dem neuen Wehrdienst stärken wir gemeinsam die Wehrhaftigkeit unseres Landes und stellen sicher, dass die Bundeswehr ihren Auftrag auch künftig verlässlich erfüllen kann.

Investition in die Bundeswehr und unsere Sicherheit



Mit dem Bundeshaushalt 2026 investieren wir ganz erheblich in die Sicherheit unseres Landes: Die Verteidigungsausgaben steigen auf 108 Milliarden Euro und damit auf einen erneuten Höchststand seit Ende des Kalten Krieges. Das ist leider erforderlich, weil auch unsere Sicherheit heute so stark bedroht ist, wie seit dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr. Als Bundestag stellen wir diese Mittel bereit, um unsere Streitkräfte entsprechend den sicherheitspolitischen Herausforderungen und den NATO-Fähigkeitsanforderungen ausstatten zu können – das gilt für Personal und Material.

Foto: In Nordholz bei der Indienststellung der P-8A Poseidon

Den Aufwuchspfad des neuen Wehrdienstes haben wir bereits im Haushalt berücksichtigt und Vorkehrungen getroffen, damit bis zu 460.000 Soldatinnen und Soldaten bis zum Jahr 2034 ausgestattet werden können. Damit senden wir ein starkes Signal an unsere Bündnispartner und zeigen, dass wir zu unseren NATO-Verpflichtungen stehen. Deutschland ist ein verlässlicher Anker in der europäischen Sicherheitsarchitektur.



Neben Personal ist aber auch das Material wichtig. Deshalb sind vom Haushalt 2026 bis zu 48 Milliarden Euro für militärische Beschaffung der Bundeswehr vorgesehen. Diese verstärkte Beschaffungsaktivität macht sich auch schon jetzt für unsere Arbeit im Verteidigungsausschuss bemerkbar. Wir bekommen so viele Beschaffungsvorlagen zur Genehmigung vorgelegt, dass immer wieder Überstunden nötig sind. Das gilt natürlich nicht nur für uns im Bundestag, sondern auch für die Mitarbeitenden im Ministerium und Beschaffungsamt. Deshalb müssen wir auch hier die Strukturen effizienter gestalten, um schneller voranzukommen. Das neue Planungs- und Beschaffungsbeschleunigungsgesetz ist ein wichtiger Schritt auf diesem Weg. Die Zeiten der perfektionistischen „Goldrandlösungen“, an denen lange getüftelt wird, sind vorbei. Für unsere Wehrhaftigkeit brauchen wir jetzt funktionierende Lösungen in kürzester Zeit. Genau das müssen wir beauftragen und genau das muss die Industrie auch liefern.

Unterstützung der Ukraine weiterhin wichtig



Foto: Bei der monatlichen Mahnwache in Nordenham gegen den Krieg in der

Mit dem Bundeshaushalt 2026 haben wir nicht nur 108 Milliarden Euro in die deutsche Verteidigung investiert, sondern auch 11,5 Milliarden Euro für die Verteidigung der Ukraine. Das ist kein Gnadentakt, sondern liegt in unserem eigenen Interesse. Denn die Ukraine verteidigt nicht nur sich selbst, sondern auch unsere Freiheit und die Prinzipien der regelbasierten internationalen Ordnung. Wladimir Putin führt einen brutalen und völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Sein Krieg und sein Machtstreben richten sich aber auch gegen die europäische Friedensarchitektur und die regelbasierte internationale Ordnung. Wenn wir Russlands Krieg schon nicht verhindern konnten, dann müssen wir wenigstens dafür sorgen, dass der Krieg nicht Schule macht. Der Angriffskrieg darf sich für Putin nicht lohnen, denn sonst wird er sich anderswo wiederholen. Deshalb müssen wir alles Nötige dafür tun, dass



die Ukraine keinen Diktatfrieden akzeptieren muss, bei dem Russland als Sieger des Krieges dasteht. Wir setzen stattdessen auf einen gerechten und gemeinsam mit der Ukraine ausverhandelten Frieden.

Das wurde auch mit dem Berliner Ukraine-Gipfel Anfang dieser Woche deutlich. Er war ein wichtiger Schritt der Friedensdiplomatie und zeigt die Einigkeit mit unseren Bündnispartnern. Deutschland nimmt dabei unter Führung von Bundeskanzler Friedrich Merz das Steuer in die Hand. Berlin ist zum zentralen Ort internationaler Abstimmung geworden. Im Mittelpunkt standen Beiträge zu einer Vereinbarung, die den Krieg beenden soll: die Stärkung der ukrainischen Streitkräfte, Sicherheitsgarantien und ein wirksamer US-geführter Mechanismus zur Überwachung eines Waffenstillstands. Entscheidend ist, dass die USA fest an Bord bleiben.

Wir geben uns aber keinen Illusionen hin: Russland will kein Ende dieses Krieges. Auch wenn der Weg noch weit ist, bleibt unser Ziel ein Frieden, der die ukrainische Souveränität sichert und die europäische Sicherheitsordnung stabilisiert. Die Ukraine als starker, demokratischer und souveräner Staat, der eigenständig über seine Zukunft bestimmt, ist von zentraler Bedeutung für unsere eigene Sicherheit. Wir müssen deshalb unsere militärische, zivile und politische Unterstützung der Ukraine fortsetzen.

Unterwegs als Berichterstatter Marine

Neben meiner Arbeit im Wahlkreis und in Berlin, führt mich meine Tätigkeit als Berichterstatter für die Marine auch noch an viele andere Orte. Hier mal eine kleine Auswahl:



Foto: Im Maritimen Sicherheitszentrum (MSZ) in Cuxhaven

Das Maritime Sicherheitszentrum (MSZ) in **Cuxhaven** habe ich besucht, um dieses Leuchtturmprojekt der Zusammenarbeit besser zu verstehen. Das MSZ vereint sieben Behörden, darunter Marine, Bundespolizei, Zoll, Wasserschutzpolizei und weitere Partner. Sie erstellen gemeinsam ein Lagebild für Nord- und Ostsee und sorgen sie für die Sicherheit auf See.

Gerade angesichts hybrider Bedrohungen wie

beschädigter Datenkabel oder Drohnensichtungen ist gute Zusammenarbeit wichtiger denn je. Denn oft ist anfangs unklar, ob Spionage, Sabotage oder ein Versehen dahintersteckt.



Bei der Peene-Werft in **Wolgast** war ich zur Kiellegung des zweiten Flottendienstbootes. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der NVL leisten hier Hervorragendes und liegen deutlich vor dem Zeitplan. Das ist gerade bei Rüstungsprojekten keine Selbstverständlichkeit und muss daher besonders lobend erwähnt werden. Daher war es mir auch eine große Ehre, den zeremoniellen Nagel beim Flottendienstboot einzuschlagen.



Foto: in Wolgast zur Kiellegung des zweiten

Ebenso positiv läuft es bei den Marinefliegern in **Nordholz**. Dort war ich als Festredner bei der Indienststellung der P-8A Poseidon. Dieses Flugzeug für die Seefernaufklärung und U-Boot-Jagd ist ein technologischer Quantensprung. Der Stolz der Kameradinnen und Kameraden darauf war klar zu spüren.

Gefeiert wurde auch beim Ball der Marine im Schloss **Fleesensee**. Es gab viele tolle Gespräche und natürlich wurde auch ausgiebig getanzt. Die Marine hält zusammen und kann feiern!

Mehr Planungssicherheit für Integrationskurse

Sprache ist der Schlüssel zur Integration – und gute Integrationskurse brauchen Verlässlichkeit. Nachdem die Volkshochschulen in Delmenhorst, Ganderkesee und Wildeshausen wegen drohender Finanzprobleme bei den vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geförderten Kursen Alarm geschlagen hatten, setzten sie sich direkt bei mir als ihrem Bundestagsabgeordneten für mehr Unterstützung ein.

In den Haushaltsberatungen zum Bundeshaushalt 2026 ist es nun gelungen, entscheidende Verbesserungen zu erreichen. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat eine überplanmäßige Ausgabe von 267 Millionen Euro für Integrationskurse im laufenden Jahr bewilligt und zusätzlich 110 Millionen Euro für das Jahr 2026 eingeplant. Damit stehen im kommenden Jahr rund 1,06 Milliarden Euro für Integrationskurse zur Verfügung.

Diese Aufstockung ist ein wichtiges Signal für das Gesamtprogramm Sprache und für die Träger vor Ort. Die zusätzlichen Mittel schaffen Planungssicherheit für Einrichtungen wie die VHS Delmenhorst und stärken ihre Fähigkeit, Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte beim Deutschlernen und beim Ankommen in unserer Gesellschaft zu unterstützen. Nach den intensiven Gesprächen mit den



Volkshochschulen in meinem Wahlkreis freut es mich besonders, dass wir hier einen wichtigen Schritt in der finanziellen Unterstützung erreicht haben.

15 Millionen Euro für neuen THW-Standort in Nordenham

Das Technische Hilfswerk (THW) ist ein unverzichtbarer Pfeiler unserer Zivilschutz- und Katastrophenhilfe – und braucht moderne Infrastruktur, um effektiv arbeiten zu können. Bereits im April dieses Jahres hat mich das THW Nordenham von den akuten Mängeln seiner aktuellen Dienststelle überzeugt und für einen Neubau geworben. Die Liste der baulichen Defizite ist lang, und es war klar: Hier muss gehandelt werden.

In der jüngsten Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags zum Bundeshaushalt 2026 ist es nun gelungen, das THW-Bauprogramm mit 200 Maßnahmen zu beschließen. Darin ist auch das Bauvorhaben des THW Nordenham mit 15 Millionen Euro Fördermitteln berücksichtigt. Damit können die Bauarbeiten bereits im kommenden Jahr starten.

Dieser Erfolg zeigt, wie wichtig direkte Gespräche mit den Einsatzkräften vor Ort sind. Ich freue mich sehr, dass wir in der parlamentarischen Arbeit die Finanzierung dieses Neubaus durchsetzen konnten – ein starker Beitrag für die Sicherheit und Einsatzbereitschaft in unserem Wahlkreis.

Ausblick

Mit dieser Woche geht das parlamentarische Jahr zu Ende – ein ereignisreiches Jahr 2025 liegt hinter uns. Für mich war es ein Jahr voller spannender Momente in meiner neuen Aufgabe und zahlreicher gemeinsamer Erfolge, die ohne die Unterstützung vieler engagierter Menschen nicht möglich gewesen wären.

Besonders dankbar bin ich für die wertvollen Impulse aus den Begegnungen und Gesprächen mit den Menschen in meinem Wahlkreis – mit Schülerinnen und Schülern, Mittelständlern, Start-ups und sozialen Einrichtungen – ebenso wie für die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit meinen Kolleginnen und Kollegen in Berlin.





In wenigen Tagen geht es für mein Team und mich zurück in die Heimat, um die Weihnachtstage im Kreise der Familie zu verbringen. Ihnen allen, liebe Leserinnen und Leser, gilt mein herzlicher Dank für Ihre Unterstützung, Rückmeldungen und anregenden Gespräche im vergangenen Jahr. Ich wünsche Ihnen eine gesegnete Weihnachtszeit, Zuversicht und Gottes Segen für ein friedliches und gutes neues Jahr.

Herzliche Grüße

Ihr

Bastian Ernst

Mitglied des Deutschen Bundestages